EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

Zum Denken und Fühlené ..

Ich verweise auf den nebenstehenden Bericht zur EU-Entwicklungsagenda 2015. Weder auf Deutsch noch auf Englisch (Link) finden sich klare und eindeutige Aussagen zu Sinn und Zweck europäischer Entwicklungsgelder. Nur schöne Worte, nichts zu den Flüchtlingsdramen und den Gründen dafür. Schade, denn es ist eigentlich ziemlich viel los auf dieser Erde.

Und ein interessanter Bericht des DIHK:

"Wirtschaft schmiedet Allianz gegen EU-Bürokratie

Die Unternehmen in Europa müssen derzeit 80.000 EU-Vorschriften beachten. Gegen die überbordende Bürokratie aus Brüssel wendet sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) jetzt gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und dem europäischen Kammerdachverband Eurochambres.

Mit ihrer in Wien gegründeten "Mittelstandsallianz" wollen DIHK, WKÖ und Eurochambres in den kommenden fünf Jahren Einsparungen in Höhe von 45 bis 50 Milliarden Euro erreichen. Damit könnten 2,2 Millionen Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden, betonte DIHK-Präsident Martin Wansleben gegenüber der österreichischen Tageszeitung "Die Presse".

Die Mittelstandsallianz soll neue Initiativen der EU-Kommission Monat für Monat auf wirtschaftlichen Mehrwert und bürokratische Belastungen hin überprüfen. Falls die Evaluierung den Kriterien der Wirtschaftsvertreter ï Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und intelligente Rechtsetzung ï nicht standhält, wollen sie dagegen vorgehen."

Europäische Kommission

Entwicklungsagenda nach 2015

Die Kommission hat am 05.02.2015 ihre Mitteilung ÄEine globale Partnerschaft für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015ñ vorgelegt. Hervorgehoben wird neben der Armutsbekämpfung die globale Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung als eine gemeinsame Herausforderung. Wichtige Bestandteile einer globalen Partnerschaft sind aus Sicht der Kommission u.a. günstige politische Rahmenbedingungen, Kapazitätsausbau, aber auch der effiziente Einsatz von nationalen und internationalen öffentlichen Finanzmitteln oder die bestmögliche Nutzung von Handel und Technologie. In der Mitteilung legt die Kommission dar, welche Anstrengungen aus ihrer Sicht erforderlich sind, um die Armut zu beseitigen und die nachhaltige Entwicklung zu stärken. Sie enthält Vorschläge, wie die internationale Gemeinschaft ihre Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung organisieren solle und wie die EU und die Mitgliedstaaten diese internationalen Anstrengungen unterstützen könnten.
https://ec.europa.eu/europeaid/communication-global-partnership-poverty-eradication-and-sustainable-development-after-2015_en

EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

Arbeiten an der Energieunion laufen

Die Kommission hat laut Pressemitteilung offiziell am 04.02.2015 ihre Arbeiten zur Vorlage einer Rahmenstrategie für die Europäische Energieunion aufgenommen, die laut gegenwärtigem Plan am 25.02.2015 von der Kommission angenommen werden soll. Bei einer Aussprache am 04.02.2015 debattierten die Kommissare vor allem über die angestrebte Führungsposition der EU bei den erneuerbaren Energien, den Kampf gegen die globale Erwärmung und die Diversifizierung der Energiequellen, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern. Bei der Energieunion handelt es sich um eine der zehn Prioritäten der politischen Leitlinien von Kommissionspräsident Juncker. Die Energieunion soll sich mit der Verbesserung der Energiesicherheit, dem Aufbau eines wettbewerbsfähigen Energiebinnenmarkts, aber auch der Erhöhung der Energieeffizienz, einer Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie der Förderung von erneuerbaren Energien durch Investitionen in Forschung und Entwicklung befassen. Die Kommission verfolgt bei der Energieunion einen umfassenden Ansatz, der vor allem auch neue Governance-Strukturen beinhalten soll. Das Thema wird am 06.02.2015 bereits auf einer Konferenz unter LET-Ratspräsidentschaft in Riga zwischen den Energieministern der Mitgliedstaaten und der Kommission erörtert.
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4103_de.htm

EU verstärkt humanitäre Hilfe in Syrien-Krise

Die EU stockt ihre humanitäre Hilfe für die Opfer der Syrien-Krise um 136 Mio. EUR auf. Die Hälfte des Betrags wird für Hilfe in Syrien selbst eingesetzt. Die andere Hälfte wird für syrische Flüchtlinge und deren Aufnahmegemeinschaften in den Nachbarstaaten Türkei, Libanon, Jordanien und Irak verwendet. Diese Finanzierung wurde am 29.01.2015 bei einem gemeinsamen Besuch von Christos Stylianides, Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, und Johannes Hahn, Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, im Libanon und Jordanien angekündigt. Europas Solidarität sei ungebrochen, so Kommissar Stylianides. Bisher wurden insgesamt 3,25 Mrd. EUR seitens der EU und deren Mitgliedstaaten mobilisiert.
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3883_de.htm

Europäischer Rat

Rat legt Rechtsmittel gegen EuG-Urteil zu Hamas ein

Der Rat hat am 19.01.2015 Rechtsmittel gegen das Urteil des Europäischen Gerichts (EuG) vom 18.12.2014 in der Rechtssache T-400/10 eingelegt, worin das Gericht die Aufnahme der Hamas in die EU-Liste der terroristischen Organisationen aus Verfahrensgründen für nichtig erklärt hatte,

EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

da diese nicht auf Tatsachen gestützt gewesen sei, sondern auf der Zurechnung von Fakten beruhte, die der Presse und dem Internet entnommen worden waren. Das Urteil hatte damit zu einer Streichung der palästinensischen Organisation Hamas von der EU-Liste der Terrororganisationen geführt (vgl. BaB 23/2014). Durch die Einlegung der Rechtsmittel bleiben die Sanktionen gegen die Hamas weiter in Kraft, bis eine endgültige Entscheidung getroffen wird.
http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/150119_01_en.htm

Auswahl und Redaktion:

Dagmar Weiner
Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 3/2015, 19. Februar 2015